

## **Amtswege per Playstation**

Expertentagung über die österreichischen E-Government-Aktivitäten

Seit 2001 wird in Österreich am Ausbau der elektronischen Amtswegen gearbeitet. Mittlerweile darf sich die Alpenrepublik auf diesem Gebiet sogar Europameister nennen. Bei einer wichtigen Anwendung hapert es aber weiterhin: Die "Bürgerkarte", die unter anderem eine digitale Signatur ermöglicht, wodurch beispielsweise Dokumente verschlüsselt oder elektronische Zustelldienste genutzt werden können, wird kaum von der Bevölkerung angenommen. "Wir schaffen es nicht, die Vorteile zu vermitteln", musste Roland Ledinger vom Bundeskanzleramt (BKA), wo in Sachen E-Government in Österreich die Fäden zusammenlaufen, kürzlich bei einer Tagung eingestehen.

Als "Bürgerkarte" können die E-Card, die Bankomatkarte oder auch der Dienst-, Schüler- oder Studentenausweis nach entsprechender Registrierung genutzt werden. Allerdings: "Acht Millionen Österreicher könnten sofort ihre E-Card freischalten - warum tun sie's nicht?", fragt Ledinger. Derzeit sind es nämlich erst knapp 10.000. Was fehle, sei eine echte "Killer-Applikation", die die Nutzung der digitalen Signatur schmackhaft mache - man denkt etwa an Netbanking.

Das funktioniert aber auch ohne digitale Unterschrift größtenteils klaglos. Und Amtswegen seien in Österreich nicht so häufig notwendig, dass sich die "Bürgerkarte" wirklich auszahlt. "Wenn der Bürger aber keinen Nutzen sieht, wird das nicht angenommen", resümiert der BKA-Bereichsleiter.

Das alles, obwohl Österreich beim "E-Government" EU-weit als Vorreiter gilt, wie Christian Rupp vom BKA, Sprecher der "Plattform Digitales Österreich", stolz berichtete: Unter 28 europäischen Staaten (25 EU-Länder plus Island, Norwegen und Schweiz) ist hier zu Lande die Möglichkeit, Behördenwege online zu erledigen, am besten ausgebaut, ergab das jüngste "Benchmarking" von Capgemini. Laut einer GfK-Umfrage haben sich weitaus 80 Prozent der Befragten schon Formulare im Internet besorgt und 52 Prozent diese auch online eingereicht. Und der heuer neu designte Amtshelfer [www.help.gv.at](http://www.help.gv.at), kürzlich mit der "Goldenen Biene" für die beste deutschsprachige barrierefreie Website ausgezeichnet, erfreut sich mit derzeit rund zehn Millionen Hits pro Monat ebenfalls großer Beliebtheit.

## **Pionierphase**

Die Bürgerkarte stecke aber noch eindeutig in der "Pionierphase", wie dies Ledinger optimistisch ausdrückt. Und generell sei E-Government eher eine Sache der Jungen, die "Informations- und Kommunikationstechnologien ohnehin schon fast zu hundert Prozent nutzen"; bei der älteren Generation gibt es aber noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, weiß man im BKA. "Die Jugend wächst mit Playstation und Joystick auf. E-Government sollte also auch per Playstation funktionieren."

Mit der Umsetzung der "Strategie 2005+" will das BKA nun E-Government "breiter sichtbar" machen und das Vertrauen in die Sicherheit stärken. Hier sieht man auch eine Chance für die Bürgerkarte, denn nur durch die elektronische Signatur seien die eindeutige Identifizierung von Personen und der rechtsgültige Nachweis der Authentizität eines Schriftstücks im Internet möglich, so BKA-Jurist Peter Kustor.

Im Rahmen des EU-Programms "i2010" wird außerdem EU-weit an einer Abstimmung der E-Government-Lösungen gearbeitet. Die Chancen für einen "Export" österreichischer Know-hows schätzt man dabei gar nicht so gering ein. Besonderes Interesse besteht laut Rupp etwa an dem System ELAK ("elektronischer Akt"). Dieses wurde mittlerweile bei 9000 Verwaltungsmitarbeitern bundesweit eingeführt, die Kommunikation in den Ministerien erfolgt nur noch auf elektronischem Weg.

(mapu, DER STANDARD-Printausgabe, 20.12.2006)